



Gründerschmiede Niedersachsen

Mehr Engagement für eine neue Gründerkultur

I. Niedersachsen braucht mehr Gründerkultur

Unternehmensgründungen sind wie die Hefe im Teig moderner und ausgereifter Volkswirtschaften. Denn Gründungen bringen Dynamik in eine Wirtschaft: Sie werden meist von Innovationen angetrieben und bringen weitere Innovationen, Dienstleistungen und neue Netzwerke hervor. Sie üben Druck auf etablierte Unternehmen aus und fördern so den Wettbewerb um die besten Geschäftsmodelle, die besten Produkte und die besten Dienstleistungen. Und sie zwingen diese Unternehmen, ihrerseits innovativ zu bleiben, sich ständig anzupassen und sich nicht auf dem Erfolg früherer Tage auszuruhen. So verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit, es entstehen neue Arbeitsplätze und der Wohlstand wächst.

In Deutschland entsteht immer mehr der Eindruck, Gründungen seien ein Notnagel in Zeiten der Perspektivlosigkeit oder hoher Arbeitslosigkeit. Die Parallelen zwischen Arbeitsmarktzahlen und Unternehmensgründungen verdeutlichen dies in guten und in schlechten Zeiten. Durch diesen empfundenen Zusammenhang wird die ängstliche Mentalität vieler gegenüber der Selbständigkeit deutlich. Wir wollen den Menschen Mut machen, die Selbständigkeit als Chance zu begreifen. Woran es unserem Land vor allem mangelt, sind Gründungen, die auf neuen Chancen am Markt, auf Innovationen oder schlicht einer neuen Idee basieren. Besonders aus diesen Gründungen entstehen langfristig Wertschöpfung und Wohlstand. Die Aufgabe der Politik ist es, den Willen und den Mut zur Gründung nicht durch unnötige Hürden zunichte zu machen.

Deutschland und auch Niedersachsens Wirtschaft basieren angesichts der Rohstoffarmut bei einem hohen Wohlstandsniveau auf Innovationen. Gerade hier sind Unternehmensgründungen mit ihren häufig dahinterliegenden Innovationen überlebensnotwendig. Ohne neue Ideen, neue Geschäftsmodelle, neue Produkte und Dienstleistungen kann Niedersachsen langfristig weder seine nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit noch sein Wohlfahrtsniveau halten. Doch auch Gründungen, die nicht auf wissenschaftlichen Innovationen, sondern fernab von Universitäten beispielsweise auf handwerklichem Geschick fußen, sind ein Gewinn für den Einzelnen und unsere Gesellschaft.

Gründungen stärken die soziale Durchlässigkeit einer Marktwirtschaft. Neben einem starken Bildungssystem eröffnen vor allem sie die Chancen zum sozialen Aufstieg und ermöglichen Wohlstand und gesellschaftliche Anerkennung. Mit Mut und der entsprechenden Idee den Schritt vom Angestellten zum eigenen Chef zu wagen, bietet jedem Einzelnen neue Perspektiven und macht ihn mehr denn je zum Autor seiner eigenen Biografie. Neue Unternehmen schaffen darüber hinaus neue Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Doch gerade bei der Intensität der Existenzgründungen schneidet Niedersachsen im bundesweiten Vergleich der Länder nur unterdurchschnittlich ab. Dies geht aus der in dieser Woche veröffentlichten Gründungsstatistik des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn hervor. Während deutschlandweit im Jahre 2014 60,9 Existenzgründungen je 10.000 Erwerbsfähige zu verzeichnen waren, liegt der Wert für Niedersachsen lediglich bei 55,2. Das ist – vor dem Saarland und Baden-Württemberg – der drittschlechteste Wert aller westdeutschen Bundesländer. Besonders zu unseren direkten Nachbarn Hessen (72,0), NRW (62,9) und Schleswig-Holstein (62,1) ist der Abstand sehr deutlich.

Die Tendenz für Niedersachsen zeigt dabei weiterhin nach unten. So ging laut IfM Bonn die Anzahl niedersächsischer Unternehmen 2014 im Vergleich zum Vorjahr weiter zurück und auch bei den Neugründungen setzte sich die Talfahrt im Jahr 2014 fort. Diesen Trend gilt es mit gezielten landespolitischen Maßnahmen zu stoppen und langfristig umzukehren.

Die Bundesrepublik insgesamt hinkt bei der Gründungskultur erheblich hinter anderen vergleichbaren Staaten hinterher. So zeigt zum Beispiel der "Global Entrepreneurship Monitor" (GEM 2014) ein für Deutschland verheerendes Bild. Im Vergleich der 29 gemessenen innovationsbasierten Volkswirtschaften liegen wir abgeschlagen auf dem 27. Platz. Spitzenplätze nehmen dagegen unter anderem die USA, Kanada, Israel oder auch die Niederlande ein. Darum müssen in Deutschland weitreichende Verbesserungen erreicht werden, um bessere Bedingungen für Unternehmensgründungen insgesamt zu schaffen und den allgemeinen negativen Trend umzukehren.

II. Eine erfolgreiche Gründerkultur benötigt ein gründerfreundliches politisches Klima, mehr Engagement für Ideen und kluge Köpfe, einen einfachen Staat und flankierende finanzielle Konzepte und Strukturen

Unternehmensgründungen sind wie die Hefe im Teig. Eine erfolgreiche und dynamische Gründerkultur benötigt vor allem vier Zutaten: ein gründerfreundliches gesellschaftspolitisches Klima, kluge Köpfe, einen einfachen Staat und geeignete Finanzierungskonzepte. In allen vier Bereichen kann sich Niedersachsen noch erheblich verbessern. Deshalb fordern die Freien Demokraten im Landtag Niedersachsen mehr Engagement für eine neue Gründerkultur. Unser Ziel ist ambitioniert: Niedersachsen soll zur weltbesten Gründerschmiede werden.

1. Gutes Klima für Gründungen

Neben den vielen bürokratischen und steuerlichen Hemmnissen finden junge Menschen insgesamt kein gründerfreundliches politisches Klima in Niedersachsen und Deutschland vor. Mutige Menschen, die für ihre Ideen brennen, müssen unterstützt und nicht gebremst werden. Die Gesellschaft muss sie ermutigen, mit ihren Ideen den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Dafür müssen wir auch ein Klima der zweiten und dritten Chance schaffen. Während in Amerika beispielsweise die Erfahrung des Scheiterns und das Lernen daraus bei vielen Investoren wichtige Auswahlkriterien für Gründer sind, werden einmal gescheiterte Unternehmer hierzulande stigmatisiert – teilweise ein Leben lang. Hat man hingegen Erfolg, gerät man umgehend in das Visier von Neidern und Umverteiltern. Missgunst gegenüber erfolgreichen Unternehmern wird nach wie vor geschürt: Gewinne werden nicht als cash flow, sondern als private Bereicherung gesehen. So kann kein Pioniergeist aufkommen, den wir in Niedersachsen und Deutschland so dringend brauchen.

Besonders haben auch junge Frauen mit Vorurteilen zu kämpfen, wenn sie beruflich erfolgreich sein und ein Unternehmen gründen wollen – hinzu kommen typische Rollenmuster. Dies zeigt sich auch in der Ausschöpfung des Gründerpotentials. In Deutschland gründen Frauen deutlich seltener ein Unternehmen als Männer: Auf eine Gründerin kommen in Deutschland 2014 1,65 Gründer (GEM 2014). Dieses ungenutzte Potential gilt es zu fördern und die Chancen einer Selbständigkeit aufzuzeigen – gerade vor dem Hintergrund, dass eine Selbständigkeit auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr Flexibilität bieten kann als ein Angestelltenverhältnis.

Darüber hinaus trägt auch die Gesamtstrategie der Politik im Bereich von Forschung und Innovation eine Mitschuld am schlechten Gründungsklima. Einige Forschungsfelder sind in Deutschland schlicht unerwünscht und werden vertrieben - etwa die Biotechnologie. Gründer fühlen sich daher bei uns nicht willkommen. Auch die Gründung von Unternehmen, die datenbasierte Dienste anbieten, findet häufig nicht in Deutschland statt.

Das muss beendet werden. Wir brauchen eine lebendige Gründerkultur, die Menschen ermutigt, mit eigenen Ideen den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Wir müssen den Gründern die Angst vorm Scheitern nehmen. Wir müssen ein Klima der zweiten und dritten Chancen schaffen. Nur so kommt ein echter Pioniergeist in unserem Land auf.

Und wir benötigen ein klares Bekenntnis der Politik zur Technologieoffenheit und Innovationsfreude Deutschlands. Technologien wie z.B. die grüne Gentechnik müssen in Deutschland weiter erforscht und erprobt werden können, auch um Chancen und Risiken besser beurteilen zu können. Denn in einem Neuen gegenüber feindseligem Klima kann keine stärkere Gründerkultur wachsen.

Im Gegenteil: Dies schürt die Ängste vor Existenzgründungen. Darunter leidet auch die Regelung der Nachfolge in der Unternehmensführung. In einigen Branchen liegt das Verhältnis zwischen Unternehmen, die zum Verkauf stehen, und Käufern bei fünf zu eins. Wir Freie Demokraten sehen auch den Schritt hin zur Übernahme eines bereits bestehenden

mittelständischen oder kleinen Unternehmens als Gründung im besten Sinne, auf die wir dringend angewiesen sind. Denn eine florierende Gründerkultur entwickelt und stützt dauerhaft unseren starken Mittelstand. Dieser ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und Gesellschaft, hier entstehen die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Er darf nicht mangels Nachwuchs gefährdet werden.

2. Eine Gründung beginnt im Kopf

Die schulische Gründungsausbildung erhält von den im Rahmen des "Global Entrepreneurship Monitor" befragten Experten die mit großem Abstand schlechteste Bewertung sämtlicher gründungsspezifischer Faktoren. Entsprechender Unterricht findet in Deutschland – wie auch die Vermittlung von Wirtschaftskompetenzen insgesamt – im Prinzip nicht statt. Eine erste Maßnahme in der Landespolitik wäre, Schülern die Selbständigkeit als Chance zu vermitteln und ihnen über Startup-Messen einen ersten Einblick in die Gründerszene zu geben. Verbunden werden soll dies mit einer Persönlichkeitsbildung, die unserem Nachwuchs die Idee näher bringt, selbstbestimmt Autor seiner eigenen Biografie zu werden. Somit wäre ein erster wichtiger Schritt hin zu mehr Eigenverantwortung und Gründermut getan.

Außerdem wollen wir den Inhalt der Fächer „Wirtschaft“ in Hauptschule, Realschule sowie Oberschule und „Politik-Wirtschaft“ im Gymnasium um den Aspekt des Unternehmertums sowie der Existenzgründungen erweitern und verbesserte Kooperationsmöglichkeiten von Schulen mit Unternehmen und jungen Gründern vor Ort ermöglichen. Ein breiteres Angebot und eine stärkere Nutzung von Projekten wie "Unternehmer im Klassenzimmer", "Schüler im Chefsessel" sowie „Schülerfirmen“ muss Bestandteil davon sein, um den Austausch mit authentischen Rollenvorbildern zu gewährleisten. Junge Menschen können von den Erfahrungen der Existenzgründer nur profitieren – auch und gerade wenn deren Gründungen erst im dritten oder vierten Anlauf erfolgreich waren.

Auch in den Berufsschulen muss eine Sensibilität für Existenzgründungen unter den Schülern geschaffen und über Chancen und Risiken aufgeklärt werden. Denn eine Gründung muss nicht nur mit abgeschlossenem Studium zum persönlichen Erfolg führen. Auch aus dem Bildungsweg der dualen Ausbildung sowie generell aus den handwerklichen Berufen heraus können erfolgreiche Gründungen hervortreten. Dies setzt eine schnellere Anpassung der Curricula und Lehrmaterialien in den Ausbildungsberufen an innovative Techniken voraus.

Auch im Bereich der Hochschulen weist Deutschland Defizite auf. Ein Blick auf die Geschichten hinter Facebook, Google und Co. zeigt: Die noch immer verbreitete Wahrnehmung, dass Startups vornehmlich von schlecht gekleideten Tüftlern in einer dunklen Garage gegründet werden, ist falsch. Bill Gates studierte noch in Harvard, als er mit Paul Allen das später größte Softwareunternehmen der Welt gründete. Steve Wozniak, Erfinder des "Apple I", studierte in Berkeley, als er sich mit dem Schüler Steve Jobs anfreundete und sie gemeinsam begannen, Computer zu bauen. Jeff Bezos, Gründer von Amazon: Abschluss der Computerwissenschaften in Princeton. Google war mehr oder weniger das Promotionsprojekt von Larry Page und Sergey

Brin an der Stanford University. Und Mark Zuckerberg gründete Facebook als Harvard-Student. Ohne die vielen Facetten und Hintergründe dieser Ausnahmegeschichten beiseiteschieben zu wollen: Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die amerikanischen Eliteuniversitäten ein günstiges Umfeld für die späteren Erfolge geboten haben.

Doch gerade bei der Hochschulfinanzierung liegt Deutschland weit zurück. Verglichen mit niedersächsischen Universitäten, wie etwa der Leibniz Universität Hannover oder der Georg-August-Universität Göttingen sind die zur Verfügung stehenden Mittel um ein Vielfaches höher. Und das bei einer deutlich geringeren Studierendenzahl. Dazu tritt folgender Umstand: Die Konferenz der Hochschulrektoren hatte erklärt, dass mit Blick auf die zu erwartenden Studentenzahlen für die deutschen Hochschulen bereits bis heute rund 600 Millionen Euro zusätzlich und bis 2018 eine weitere Milliarde erforderlich wären, um das bisherige Niveau zu halten. In diesem Zeitraum läuft darüber hinaus die Exzellenzinitiative aus und die Schuldenbremse zur Konsolidierung der Länderhaushalte beginnt zu greifen.

Deshalb benötigen wir eine verlässliche und zukunftsfähige Finanzierung der niedersächsischen Hochschulen. Eine steuerliche Förderung von Drittmitteln, Forschungs- und Entwicklungsausgaben wäre in diesem Zusammenhang wünschenswert. Diese sollten dabei im eigenen Unternehmen oder z.B. bei Startups oder gemeinsamen Forschungseinrichtungen getätigt werden können. Es muss zudem ein Konzept erarbeitet werden, wie Hochschulen durch die hervorgebrachten Gründungen direkt auch finanziell profitieren können. Eine Offenlegung sämtlicher Forschungsgelder – wie von der Niedersächsischen Landesregierung gefordert – lehnen wir ab. Es ist zu befürchten, dass solche Regeln politisch ungewollte Forschungsvorhaben behindern oder einseitig lenken.

Aber nicht nur das: Wir brauchen zusätzliche Lehrstühle für Entrepreneurship sowie den Ausbau des Beratungs- und Serviceangebots für gründungswillige Studierende. Ein Mentoring- und Alumniprogramm kann darüber hinaus den Studierenden Unterstützung erfahrener Existenzgründer sichern. Ähnlich dem niedersächsischen Hochschulgesetz, das auf Initiative der Freien Demokraten um den Aspekt der stärkeren Förderung von Existenzgründungen erweitert wurde, muss auch im Hochschulentwicklungsvertrag des Landes die Förderung und der Erfolg von Existenzgründungen durch entsprechende Mittelzuweisung dargestellt und die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Unternehmensgründungen dürfen jedoch nicht nur an den Universitäten und Schulen beworben oder gar als Notlösung für Arbeitssuchende gesehen werden. Auch für langjährig Berufstätige kann sich der Wechsel vom Angestelltenverhältnis hin zur Selbständigkeit lohnen. Darüber hinaus müssen wir verstärkt Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen. Nicht zuletzt stehen junge Menschen aus dem Ausland Unternehmensgründungen häufig besonders positiv gegenüber. Dafür wollen wir erreichen, dass in den relevanten Behörden neben der Amtssprache Deutsch auch Englisch gesprochen wird. Und wir wollen die Einführung eines einfachen und punktebasierten Einwanderungssystems. Ein umfassendes Konzept haben die Freien Demokraten hierzu bereits in den Niedersächsischen Landtag eingebracht.

3. EINFACH mal ein Unternehmen gründen

Die für den "Global Entrepreneurship Monitor" Befragten sind sich einig: Das von den meisten Studienteilnehmern genannte schwerwiegende Gründungshemmnis ist der Bereich Steuern und Regulierung. Die Belastung mit Abgaben und Steuern ist enorm hoch. Vor allem aber ist das Steuerrecht extrem kompliziert. Und auch andere bürokratische Vorgaben erschweren Gründungen massiv. Gerade aber in jungen Unternehmen werden Zeit und Ressourcen für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Geschäftsmodells, für die Gewinnung von Mitarbeitern und für den ersten Schwung in den Wettbewerb benötigt. Ein Großteil dieser Zeit und Ressourcen werden jedoch für Amtsgänge, das Ausfüllen von Formularen oder den Austausch mit dem Finanzamt absorbiert. So werden Existenzgründer z.B. durch die 2002 eingeführte Pflicht der monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung mit Bürokratiekosten in Höhe von 75 Mio. Euro belastet. Sogar 325 Mio. Euro Bürokratiekosten entstehen, weil Kleinstunternehmen oder Unternehmen, die zunächst nur aus einzelnen Personen bestehen - wie es bei Startups zunächst häufig der Fall ist -, etwa im Bereich der Buchführungspflichten wie Großkonzerne behandelt werden.

Um Gründern nicht unnötige Hürden in den Weg zu stellen, gilt es, ganz speziell auf sie zugeschnittene Bürokratie-Erleichterungen umzusetzen. Dazu zählen wir: Die Abschaffung des Rundfunkbeitrags sowie der monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungspflicht für junge Unternehmen, mehr Rechtssicherheit bei der Befreiung von Sozialbeiträgen für die Geschäftsführer von Startups sowie den Verzicht der Kammern auf die rückwirkende Leistung von Pflichtbeiträgen nach den ersten drei beitragsfreien Gründerjahren. Die FDP will außerdem ein bürokratiefreies Jahr für Existenzgründer schaffen, so dass zu Beginn der Gründungsphase die Anmeldung des Gewerbescheines ausreicht. Verbesserungen für Gründerinnen und Gründer sollen auch im Bereich der Verlustverwertung beim Verkauf sowie bei der Mindestbesteuerung erreicht werden. Die Aussetzung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge würde außerdem die Abrechnungskosten auch für junge Unternehmen halbieren. Die Regelungen zum Kündigungsschutz sollen in den ersten 36 Monaten ausgesetzt werden.

Darüber hinaus fordern wir Freie Demokraten grundsätzliche Maßnahmen zum Bürokratieabbau für alle Unternehmen. Denn wer in Deutschland Arbeitsplätze schafft, hat einen Staat verdient, der ihm das Wirtschaften so einfach wie möglich macht. Besonders belastend ist das unflexible und praxisferne Arbeitsrecht. Das gilt insbesondere für die bürokratischen Belastungen, die sich aus dem Mindestlohngesetz und den daraus folgenden Dokumentations-, Melde- und Überwachungsverordnungen ergeben. Diese sind gänzlich abzuschaffen. Auch die von der Bundesarbeitsministerin geforderte Verschärfung der Arbeitsstätten-Verordnung, die von der Tastatur des Computers über die Lichtverhältnisse am Heimarbeitsplatz bis zur Temperierung von Lagerräumen das gesamte Arbeitsleben der Menschen bis ins kleinste Detail normieren will, ist innovationsfeindlich und praxisfern. Unternehmer und ihre Mitarbeiter entscheiden selbst darüber, wann und wo sie arbeiten, welche Geräte sie dabei nutzen und ob sie ihre Fähigkeiten am erfolgreichsten in einem mit

anderen Unternehmen geteilten Großraumbüro, einem abgedunkelten Raum zu Hause oder dem Café nebenan einsetzen können. Die vorgeschlagene Verordnung geht in jeglicher Hinsicht an der Realität in modernen Unternehmen vorbei und verhindert Arbeit, Kreativität und Flexibilität. Auch fordern wir die Anhebung der Grenzen bei Buchführungs- und ähnlichen Pflichten für junge und kleine Unternehmen sowie die Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen. Bei all diesen Maßnahmen zum Bürokratieabbau müssen auch konkrete Veränderungen in der Umsetzung vor Ort durch Berufsgenossenschaften, Finanzämter und Gewerbeaufsichtsämtern stattfinden.

Neben dem Abbau der Hürden sollen Startups auch gezielte Unterstützung einholen können. Hierfür soll ein Gutscheinangebot geschaffen werden, das die gezielte Unterstützung im kaufmännischen Bereich durch externe Dienstleister (z.B. Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer etc.) möglich machen soll. Startups sollen sich so in ihrer Gründungsphase auf das Wesentliche konzentrieren können und bei der Professionalisierung von Businessplänen, Controlling etc. unterstützt werden. Dies trägt maßgeblich zu einer höheren Erfolgswahrscheinlichkeit bei der Krediteinholung bei.

Grundsätzlich mangelt es in Deutschland nicht an den entsprechenden Beratungsstellen für kluge Köpfe, sondern an der entsprechenden Bündelung der Ressourcen und der Vernetzung untereinander. Hierfür wollen wir Startup-Zentren schaffen. Dort sollen in jedem Landkreis Räumlichkeiten, technische Infrastruktur sowie Beratung und Unterstützung einzelner Akteure wie IHK, Kommunen, Hochschulen, Netzwerke, Wirtschaftsförderunternehmen etc. durch Zusammenlegen der Ressourcen gebündelt werden. Eine Aufteilung der Kompetenzen lässt zudem in der Beratung eine weitere Spezialisierung zu. Insbesondere im Ländlichen Raum kann die Konzentrierung der Unterstützungsangebote neuen Gründungsimpulsen zu der nötigen Umsetzung verhelfen. In diesem Rahmen soll auch die Finanzverwaltung verbindliche Auskünfte im Steuerrecht geben können, so dass Planungs- und Rechtssicherheit für Gründer besteht.

4. Gründungen brauchen Kapital

Für den Erfolg von Mark Zuckerberg und Co. waren allerdings auch noch große Mengen privaten Kapitals notwendig. Enorme Schwierigkeiten für erfolgreiche Gründer ergeben sich dabei vor allem in der Wachstumsphase, nicht so sehr in der Gründungsphase. Im Jahr 2013 wurden in Deutschland rund 250 Mio. Euro Venture Capital (VC) in IT-Startups investiert. Das entspricht ungefähr der Summe, die Facebook alleine in vier Finanzierungsrunden vor seinem Börsengang akquirierte. In den USA beläuft sich die Summe der VC-Investitionen in Software- und IT-Unternehmen auf über 9 Mrd. Dollar pro Jahr. Die Unternehmen und Anleger in Deutschland sind also ebenfalls in der Verantwortung. Aber auch die politischen Rahmenbedingungen müssen dahingehend überprüft werden, ob sie ein stärkeres privates Engagement bei der Finanzierung von Gründungen und jungen Unternehmen sowie bei Forschung und Entwicklung behindern.

Deutschland benötigt daher ein Venture-Capital-Gesetz (mit einhergehenden Änderungen im Kapitalanlagegesetzbuch sowie im Einkommen-, Körperschaft-, Gewerbe-, Umsatz-, Erbschaft- und Schenkungssteuergesetz sowie im Investmentsteuergesetz). Die "Allianz für Venture Capital" aus 16 deutschen Verbänden - etwa BDI, Bitkom und Bundesverband deutscher Startups - hat hierzu bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeitet, der als Beispiel dienen soll. Unter anderem sollen Verlustvorträge europarechtskonform auch bei Anteilseignerwechseln erhalten bleiben.

Die Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital und die Einführung der Möglichkeit einer sofortigen steuerlichen Absetzbarkeit von Wagniskapital-Investitionen privater Geldgeber sind ebenfalls wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Finanzierungsmöglichkeiten junger Unternehmen. Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Kleinanlegerschutzgesetz darf Crowdfunding-Plattformen nicht gefährden, baut es doch in seiner jetzigen Form durch die Offenlegung des Privatvermögens für Investoren unnötige (bürokratische) Hürden auf. Verbraucherschutz und Startup-Förderung müssen bestmöglich in Einklang gebracht werden.

Konkret muss für Niedersachsen dringend ein schneller Ersatz für die ausgelaufenen Unterstützerprogramme im Rahmen der EU-Förderperiode 2007-2013 (Gründercampus, Gründungscoaching) gefunden werden. Wichtige Maßnahmen zur Förderung von Patentanmeldungen wie das Schutzrechtsförderprogramm müssen wieder aufgenommen werden. Auch die bereits aufgebrauchten Mittel des Förderprogramms MikroSTARTer Niedersachsen müssen weiter aufgestockt werden, damit Niedersachsen mittelfristig nicht noch weiter abgehängt wird. Um zukünftig kurzfristig die Liquidität von Startups zu erhöhen soll über MikroSTARTer Niedersachsen unabhängig von Sicherheiten vor allem ein Schwerpunkt auf die Vergabe von Förderungen zwischen 5000-10000 Euro gelegt werden.